Nr. 62. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 6. Februar 1895.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 6. Februar. Der Reichstag hat gestern zwei Fragen von großer prinzipieller Bedeutung auf Grund von Initiativ-Anträgen seiner Mitglieder erörtert; der Sitzungsbericht stellt aber am Anfang fest, daß das Haus sehr schwach besetzt sei, und das Ende war Konstatirung der Beschlußunfähigkeit!

Der erste Antrag war einer der freisinnigen Volkspartei auf anderweitige Abgrenzung der Wahlkreise behufs Beseitigung der Ungleichheiten, welche im Laufe der Zeit entstanden sind: in der That kommt jetzt auf einen Abgeordneten Berlins oder einer anderen großen Stadt eine sehr viel größere Zahl von Wahlberechtigten, als auf einen Abgeordneten aus ländlichen Wahlkreisen, namentlich aus den kleinsten Bundesstaaten; wenn eine derartige Ungleichheit in geringem Maße von Anfang an bestand, so hat sie sich doch mit der Zeit außerordentlich verstärkt. Allein dies ist nur eine von vielen Fragen, zu denen das bestehende Wahlsystem Anlaß giebt; was die Antragsteller wollen, kommt auf eine noch schärfere Zuspitzung der ausschließlichen Herrschaft der Zahl über die Zusammensetzung der Reichsvertretung heraus, und dazu werden der Reichstag und die Regierungen sich gegenwärtig wohl schwerlich entschließen. Nach unbedeutender Diskussion wurde die Abstimmung auf den Wunsch der Antragsteller ausgesetzt, weil sich andernfalls schon hier Beschlußunfähigkeit ergeben hätte.

Dann folgte ein Antrag des Abg. Pachnicke (freisinnige Vereinigung), der im Hinblick namentlich auf die mecklenburgischen Verhältnisse für jeden Bundesstaat eine konstitutionelle Verfassung verlangt. Ein derartiger Antrag ist in den siebziger Jahren wiederholt vom Reichstag angenommen, vom Bundesrath zwar abgelehnt worden, aber es war damals doch Aussicht vorhanden, daß die mecklenburgischen Regierungen, trotz der Anzweiflung des Rechtes des Reichstags zu einem derartigen Beschlusse, unter dem moralischen Eindruck desselben — damals übten Reichstagsbeschlüsse einen solchen aus — sich zur Herbeiführung verfassungsmäßig geordneter Zustände entschlossen hätten, zumal der Widerstand wenigstens in Mecklenburg-Schwerin nicht so sehr bei der Regierung, wie bei der Ritterschaft lag. Die seitherige Entwickelung der Dinge hat diese Aussichten zerstört; wenn die Aktion zu Gunsten Mecklenburgs trotzdem gegenwärtig wieder aufgenommen werden sollte, so konnte es aber gewiß nicht in verfehlterer Weise geschehen, als indem gestern zu dem Antrag Pachnicke die freisinnige Volkspartei das Amendement hinzufügte, die einzelstaatliche Landesvertretung solle überall aus dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht mit geheimer Abstimmung hervorgehen, und die Sozialdemokratie den weiteren „Verbesserungs"-Antrag, daß das aktive und passive Wahlrecht mit dem 20. Lebensjahre beginnen und auch den Frauen zustehen solle. Vermöge dieser Angriffe auf alle einzelstaatlichen Verfassungen war das Vorgehen zu Gunsten Mecklenburgs jedes Ernstes entkleidet, und der mecklenburgische Bevollmächtigte von Oertzen konnte die Situation zu einer Lobrede auf die vortrefflichen staatsrechtlichen Zustände Mecklenburgs ausnutzen. Als dann von konservativer Seite Uebergang zur Tagesordnung beantragt wurde, so daß zunächst nur ein Redner für und einer gegen den Antrag das Wort erhalten hätte, bezweifelten die Sozialdemokraten, da sie die Annahme dieses Antrages befürchteten, die Beschlußfähigkeit des Hauses; die Zählung ergab die Anwesenheit von nur 166 Mitgliedern, also Beschlußunfähigkeit. Der Präsident fügte aber die Bemerkung hinzu: „Das Haus würde beschlußfähig sein, wenn nicht eine Anzahl von Mitgliedern beim Namensaufruf den Saal verlassen hätten." Herr von Levetzow war somit der Meinung, daß mindestens 33 Mitglieder sich der Zählung entzogen hatten! In dieser Art ist die Obstruktions-Taktik wohl noch nicht festgestellt worden.

— Der Ausschluß Ahlwardts aus der antisemitischen Reichstagsfraktion wurde am Montag Abend von der „Antisemitenliga" in einer Versammlung besprochen, die in einer bekannten „Mädchenkneipe" Unter den Linden stattfand. Der Reichstagsabgeordnete Bindewald referirte in zweistündiger Rede.

Bindewald erzählte, daß er in Baiern von der „baierischen antisemitischen Volkspartei" schlecht behandelt worden sei, ebenso später der Abgeordnete Werner, dem es aber trotzdem gelungen wäre, einen Verein deutschgesinnter Antisemiten zu gründen. Ahlwardt sei, obgleich von der Sachlage unterrichtet und gewarnt, nach Baiern gegangen, um in dem radikalen Volksverein zu sprechen, in dem er, der Redner, und Werner so schlecht behandelt waren. (Zuruf: „um Geld zu verdienen!" Beifall und Heiterkeit.) Ahlwardt bestärkte damit die Strömung in Baiern und schädigte die Partei. Ahlwardt erklärte, seine Fraktion sei ihm zu reaktionär, und stellte den baierischen Partikularismus als etwas Berechtigtes hin.

Redner schildert nun die Vorgänge in der Fraktion, wo man mit Recht von Ahlwardt eine Erklärung über sein Verhalten in Baiern verlangte. Er stellte zunächst alles in Abrede, sprach von Mißverständnissen 2c.; schließlich erklärte er sich bereit, eine Erklärung abzugeben, die die Fraktion ganz befriedigen werde. Diese Erklärung war nun allerdings absolut nichtssagend; auffallend war nur, daß, noch ehe der Fraktionsbeschluß über seine Ausschließung vorlag, bereits in einem ihm geistesverwandten baierischen Blatte eine Depesche erschien des Inhalts, daß der Abgeordnete Ahlwardt soeben aus der Fraktion ausgeschlossen worden sei, weil er sich geweigert habe, eine für die Baiern beleidigende Erklärung abzugeben. (Große Unruhe. Rufe: Lüge.) Ja, meine Herren, es war thatsächlich eine Unwahrheit, eine Mache der gröbsten Art, um die Baiern gegen die deutsch-soziale Reformpartei aufzuhetzen. (Bewegung.) Nach all' diesen Vorgängen konnte es die Fraktion natürlich nicht mehr verantworten, mit Ahlwardt zusammenzugehen, und so erfolgte denn sein Ausschluß. (Großer Beifall.) Redner kritisirt zum Schlusse das Bundschuh-Programm Ahlwardts, bezeichnet es als ein den sozialdemokratischen Zielen sehr nahe kommendes, und faßt sein Urtheil in die Worte zusammen: Was an demselben gut ist, ist nicht neu und was an ihm neu ist, ist nicht gut.

In der Diskussion wurde das Vorgehen gegen Ahlwardt allgemein gebilligt.

Böckler-Stettin theilte mit, daß Ahlwardt in Gemeinschaft mit Böckel ihn schon im September v. J. zu überreden versucht hätte, mit ihnen zusammen gegenüber den Einigungsbestrebungen eine Sonderpartei zu gründen, die hauptsächlich in Pommern festen Fuß fassen solle. Ahlwardt habe bis zum letzten Augenblick auf Schritt und Tritt gegen die Fraktion der deutsch-sozialen Reformpartei in der unerhörtesten Weise gehetzt und sich bei jeder Gelegenheit mit der Wahrheit in direkten Widerspruch gesetzt. Dieses unwahre, von Sonderinteressen und Hintergedanken erfüllte Verhalten Ahlwardts habe in ganz Pommern die größte Entrüstung erregt und, er könne nur die Erklärung abgeben, daß es für Ahlwardt in Pommern keinen Boden mehr giebt.

Redakteur Joh. Wilberg, der sich rühmte, als Erster für Ahlwardt in Berlin aufgetreten zu sein, will jetzt ihn wie Böckel bekämpfen. Was habe denn Böckel hier in Berlin überhaupt für ein Recht, sich als Retter aufzuspielen? Man wisse doch ganz genau, wie er über die Berliner Antisemiten, von denen er doch so manches Gute genossen, von Hessen aus geschimpft habe, wie er sie als Klowns, Maskenball-Antisemiten 2c. hingestellt habe, weil er anscheinend nicht Geld genug bekam. Er war der grimmigste Feind Ahlwardts, heute sind sie Beide die besten Freunde. Pekuniäre Interessen seien bei Beiden vorherrschend. (Sehr richtig!) Für Ahlwardt sei die Bewegung, um mit Schiller zu reden, nicht die hohe, die himmlische Göttin, sondern die „milchende Kuh, die ihn mit Butter versorgt". (Große Heiterkeit und stürmischer Beifall.)

Wilberg donnerte dann gegen die „Böckel-Ahlwardt-Gründung". Durch die Konkurrenz neuer Blätter, die mitunter lebhaft an „jüdisches Schleuderwesen" erinnere, würden die alten Parteiblätter geschädigt.

Hauptmann Herter erklärte, daß er von dem Unternehmen zurückgetreten sei.

Noch eine Anzahl Redner sprechen sich sehr heftig gegen Ahlwardt aus, dem anscheinend kein Vertheidiger erstand.

— Wie verlautet, sollen einige fremde Journalisten wegen unehrerbietiger Aeußerungen über den Kaiser Wilhelm aus Deutschland ausgewiesen werden. So schreibt die „Danz. Ztg."

— Frhr. v. Stumm hat dieser Tage zum Besuch beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe geweilt.

— Wie ein Berichterstatter meldet, hat dem Vernehmen nach das eingeleitete Ermittelungsverfahren hinsichtlich der vorzeitigen Ankündigung amtlicher Schriftstücke im „Vorwärts" kein Ergebniß gehabt, welches zu einer strafrechtlichen oder wenigstens disziplinarischen Verfolgung eine Grundlage böte. Es hat sich, wie man hört, nicht einmal sicher feststellen lassen, an welcher Stelle der Verrath erfolgt sein könnte, ob bereits im Schlosse oder im Ministerium oder aber in der Druckerei des „Reichsanzeigers". Wie weiter der Berichterstatter mittheilt, ist die Meldung, daß als Urheber jenes Zettels, welcher parlamentarischen und publizistischen Kreisen den dem Fürsten Hohenlohe angebotenen Ersatz seines Gehalts-Ausfalles verrieth, ein untergeordneter Subalterner entdeckt worden sei, unrichtig. Auch die Ermittelungen über diese Angelegenheit seien im Sande verlaufen und über widerspruchsvolle Vermuthungen hinsichtlich des Urhebers und des wahrscheinlichen Vermittlers sei man dabei nicht hinausgekommen.

— Es heißt, daß die vom Herrn Minister von Hammerstein erwähnte Abtrennung des Wasserbauwesens vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten Gegenstand der Erwägung innerhalb der Regierung sei; man begegne indessen Zweifeln, ob sich die Angelegenheit leicht werde bewirken lassen. Herr von Hammerstein hatte als Grund für die Abtrennung den Umstand angeführt, daß bisher bei Flußkorrektionen das landwirthschaftliche Interesse nicht genügend gewahrt sei. Die ganze Frage würde mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit sein. Würde die Abtheilung für Wasserbauwesen vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten abgezweigt und dem landwirthschaftlichen Ministerium überwiesen, so würde das Arbeitsministerium zum reinen Eisenbahnministerium werden, nachdem 1890 bereits beim Amtsantritt des Herrn von Berlepsch diesem das bis dahin vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten ressortirende Berg- und Hüttenwesen übertragen worden ist.

— Von einem Volksschullehrer wird der „Voss. Ztg." geschrieben:

„Die Regelung des Militärdienstverhältnisses der Volksschullehrer durch die Kabinetsordre vom 27. v. M. hat die Wünsche der Lehrer nur zu einem Theile befriedigt. Die bisherige, allerseits als ungenügend anerkannte, kurze Dienstzeit ist beseitigt und den Lehrern Gelegenheit gegeben, eine regelrechte militärische Ausbildung sich zu erwerben. Um auch die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste zu erlangen, werden nun von dem großen Lehrerverein mehrere Schritte vorbereitet, u. a. auch eine Petition an den Reichstag. Wenn in der Budgetkommission des Reichstages die Meinung geltend gemacht worden ist, daß die Lehrer von der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste nur selten Gebrauch machen würden, und dabei auf die in Baiern gemachten Erfahrungen zurückgegriffen worden ist, so muß dem gegenüber auf die jetzt gänzlich veränderte Sachlage aufmerksam gemacht werden. Die baierischen Lehrer haben zum größten Theil auf den einjährigen Dienst verzichtet, weil sie mit zehn Wochen ihrer Dienstpflicht genügen konnten. Die Einjährig-Freiwilligen aus anderen Berufsklassen würden unter denselben Verhältnissen auch nur zum Theil von ihrer Berechtigung Gebrauch machen. Auch jetzt würden viele Lehrer den kostenlosen einjährigen Dienst dem einjährig-freiwilligen vorziehen. Mit dem einjährigen Dienst, wie er durch die Kabinetsordre vom 27. v. M. geschaffen ist, ist den Lehrern ein Privileg eingeräumt worden, das vielen den Verzicht auf den Einjährigenschein wesentlich erleichtern wird. Aber darum darf den Lehrern nicht versagt werden, was allen andern Gebildeten gewährt wird. Es ist deswegen dringend wünschenswerth, daß die Anordnungen der Kabinetsordre vom 27. v. M. nach dieser Richtung ergänzt werden."

— Der deutsche Tabakverein ist wieder einmal in Berlin versammelt gewesen und hat beschlossen, mit allen Kräften in die Agitation gegen das Tabaksteuergesetz einzutreten. Der Tabak, dieses entbehrlichste von den Genußmitteln soll für alle Ewigkeit nicht mehr Steuer wie bisher zahlen; so ist es im Rathe der Götter, der Tabakinteressenten nämlich, beschlossen! Man kann demgegenüber stets nur von neuem die Frage aufwerfen: ob ein Genußmittel wie der Tabak, der niedriger wie alle anderen Genuß- und Verbrauchsartikel steuerlich in Anspruch genommen ist, nämlich nur mit 1 Mark pro Kopf der Bevölkerung, in Folge der ungeheuren Agitation der potenten, gut organisirten Interessenten nicht höher besteuert werden darf wie bisher? Daran knüpft sich die nicht minder berechtigte weitere Frage: Wie sollen in Zukunft die öffentlichen Bedürfnisse des deutschen Reichs aufgebracht werden können, und welche Kreise von Erwerb und Besitz sollen eigentlich die Lasten tragen, wenn vor dem Tabak in Folge der steuergegnerischen Agitation der Interessenten respektvollst Halt gemacht wird? Die ganze Agitation des Tabakvereins ist typisch dafür, wie gegenwärtig die Interessenkämpfe überhaupt betrieben werden. Wenn irgend eine neue Forderung an die vermögensrechtliche Leistungsfähigkeit der Staatsbürger gestellt wird, so macht man im ganzen Lande mobil, läßt Lokal-, Provinzial-, Zentralvereine in Aktion treten, und in Berlin wird von einer Landesversammlung der Feldzugsplan festgestellt. Soweit es in einer maßvollen Vertheidigung berechtigter Interessen besteht, wäre ja gegen das System an sich kaum etwas zu sagen. Wenn aber das deutsche Volk auch nur den Verdacht schöpfte, daß der Versuch einer Beeinflussung der Abgeordneten durch die organisirten Interessenten einen wirklichen Erfolg haben könnte, daß Wahlkreis-Rücksichten stärker wirkten, als die Gesamtinteressen des Vaterlandes, dann wäre die Stellung des modernen Parlaments in ihre letzte Entwickelungsphase eingetreten. Wer die treffende satirische Form kennen lernen will, wie das Bestreben der Interessenten, in den Foyers der gesetzgebenden Versammlungen und bei anderen Gelegenheiten die sachliche Meinung der Vertreter des gesamten Volkes zu beeinflussen, im einzelnen wirkt, dem sei die Lektüre der Novelle „Die Silbermine" von Bret Harte angelegentlichst empfohlen. Solche Interessenten-Bestrebungen dürfen in Deutschland keine ständige Erscheinung werden, wenn nicht das Parlament aufs schwerste darunter leiden soll. Die sittliche Grundlage jeder Volksvertretung ist und bleibt die Vertretung der Gesamtinteressen des Staates. Wer demgegenüber lokale Interessen entscheiden läßt, der giebt die innere Berechtigung des Parlamentarismus in jeder Weise preis.

— Während bekanntlich die gewerblichen Berufsgenossenschaften die Unfallverhütung so stark ausgebildet haben, daß sie mit wenigen Ausnahmen bereits Vorschriften auf diesem Gebiete erlassen und eine ganze Zahl von Beamten zur Ueberwachung der Durchführung derselben angestellt haben, sind die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften damit noch im Rückstande geblieben. Bisher hatten von den letzteren nur die anhaltinische und schlesische Genossenschaft Unfallverhütungsvorschriften erlassen. Neuerdings hat das Reichs-Versicherungsamt auch solche Vorschriften für die weimarische landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft zu genehmigen Gelegenheit gehabt. Es ist nur zu wünschen, daß die anderen dem damit gegebenen Beispiele folgen. Es war begreiflich, daß die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften früher nicht an die Ausarbeitung von Unfallverhütungsvorschriften herangehen mochten, weil ihnen eine statistische Unterlage dafür fehlte. Jedoch durch die für das Jahr 1891 vom Reichs-Versicherungsamte veranstaltete Statistik ist diesem Mangel in ausreichendstem Maße abgeholfen. Die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften können daraus ganz genau entnehmen, auf welche Stellen sie ihr Augenmerk zu richten haben. Sie werden nicht umhin können, nunmehr auch in größerer Zahl als bisher den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallversicherung nachzustreben.

— Die Prüfung der Steuerordnungen verschiedener Gemeinden hat den Ministern der Finanzen und des Innern zu folgenden Bemerkungen Anlaß gegeben:

1. Die Besteuerung jedes öffentlichen Aufzugs mit Musikbegleitung, insbesondere auch eines solchen zu kirchlichen Zwecken oder bei patriotischen Gelegenheiten, ist offenbar zu weitgehend; imgleichen die Besteuerung jedes Ständchens mit oder ohne Musikbegleitung, beispielsweise eines solchen, welches von einem Gesangvereine bei passender Gelegenheit seinem Leiter dargebracht wird. Die Besteuerung der Hochzeitsfestlichkeiten in einem Wirthshause ist ohne Weiteres zu verwerfen, wenn die Festlichkeit keinen öffentlichen Charakter an sich trägt, sondern sich auf den Kreis der Eingeladenen beschränkt. Die bloße Benutzung eines Wirthshauses zur Veranstaltung einer Festlichkeit macht dieselbe noch nicht zu einer öffentlichen.

2. In einigen Steuerordnungen wird die Steuer erhöht, wenn der Veranstalter der Lustbarkeit an die Gemeinde keine Platzmiethe zahlt. Die verschiedene Bemessung von Steuern nach rein zivilrechtlichen Gesichtspunkten erscheint nicht zulässig.

3. Nach einer Steuerordnung ist der Bürgermeister ermächtigt, den Saalbesitzern an den Kirmeßtagen für die Veranstaltung von Tanzlustbarkeiten und den Vereinen mit andauernd guter Führung bei der Veranstaltung von Vereinsfestlichkeiten einen ermäßigten Steuersatz zu bewilligen. § 4 des Normalstatuts enthält eine entsprechende diskretionäre Befugniß des Gemeindevorstandes nur bei der Veranstaltung von Lustbarkeiten, deren Reinertrag zu einem wohlthätigen Zweck bestimmt ist. Es empfiehlt sich nicht, eine solche Befugniß ohne dringende Gründe auszudehnen. Auch läßt die vorliegende Bestimmung die Möglichkeit zu, daß der ermäßigte Satz — was unzulässig sein würde — dem einen Saalbesitzer bewilligt und dem anderen versagt wird. Die Ahndung der schlechten Führung eines Vereins aber liegt auf anderem Gebiete, als auf dem steuerlichen.

— Die Berathung der Vorlage wegen Errichtung einer neuen Generalkommission in Königsberg hat am Montag im Abgeordnetenhause Veranlassung gegeben, auf einen Mißstand hinzuweisen, zu dem die Ausführung des Rentengütergesetzes im Gebiete der Ansiedelungskommission Veranlassung gab. Während es deren Aufgabe ist, in den polnischen Bezirken der Provinzen Posen und Westpreußen durch die Ansetzung kleiner bäuerlicher Besitzer dem deutschen Element einen neuen Halt zu geben, wird diese Aufgabe in bedenklicher Weise beeinträchtigt durch den Umstand, daß bei der Rentengutsbildung das polnische Element in den bedrohten Bezirken eine besondere Berücksichtigung erfahren hat. In den Provinzen Westpreußen und Posen fallen auf 1145 in deutscher Hand befindliche Rentengüter deren 847 in polnischer Hand und auf 909 Neuansiedelungen deutscher Landwirthe die von 669 Polen. In Oberschlesien sollen gar nur überwiegend Polen angesiedelt sein. Da so ziemlich die Hälfte der oben erwähnten Rentengutsbildungen im Jahre 1894 vollzogen ist, so ergiebt sich daraus, daß die Generalkommission in diesem Jahre mehr Polen in den Ansiedelungsprovinzen angesiedelt hat, als die Ansiedelungskommission Deutsche, und es ergiebt sich weiter daraus, daß der Zweck des Gesetzes illusorisch gemacht werden würde, wenn hier nicht Wandel geschaffen wird. Von nationalliberaler und konservativer Seite ist angeregt worden, in dem Ansiedelungsgebiet die Ausführung des Rentengütergesetzes in die Hand der Ansiedelungskommission zu legen. Es scheint, als ob die Regierung einem solchen Vorschlage nicht abgeneigt wäre.

Frankfurt a. M., 5. Februar. Die Stadtverordneten beschlossen mit 29 gegen 23 Stimmen die Eingemeindung Bockenheims.

München, 5. Februar. Wie das „Militärblatt" meldet, hat der Prinzregent bestimmt, daß das 5. Ingolstädter Fort nach dem verstorbenen General v. Orff benannt werde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Februar. Wie verlautet, dürften in den nächsten Tagen Polizeibeamte aus Wien, Prag, Lemberg, Triest und aus Deutschland in Pest eintreffen, um hier der Pester Polizei bei der Untersuchung der in Oesterreich und in den deutschen Städten verübten Kassendiebstähle an die Hand zu gehen.

Prag, 5. Februar. Der Landtag nahm einen Antrag an, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die Ausarbeitung eines Generalprojektes für die Schiffbarmachung der Moldau von Prag bis Melnik und der Elbe von Melnik bis Aussig zu beschleunigen und den nothwendigen Aufwand in verpachtungsmäßigem Wege in nächster Zeit zu beschaffen.

Brünn, 5. Februar. Der Landtag genehmigte einstimmig den Antrag des deutschen Abgeordneten Werber auf Einführung der zweiten Landessprache als obligaten Lehrgegenstand an den Realschulen.

Frankreich.

Paris, 5. Februar. Die Abtheilungen der Kammer ernannten eine Kommission von 33 Mitgliedern, um die Betheiligung Raynals bezüglich der Eisenbahnverträge zu untersuchen. 30 Mitglieder der Kommission sind dafür, die Untersuchung lediglich auf das Verhalten Raynals und nicht auf die Verträge selbst zu erstrecken; nur die drei übrigen Mitglieder möchten eine allgemeine Untersuchung über die Verträge eröffnet sehen, wie sie von den Radikalen verlangt wird.

Paris, 5. Februar. Drumont kehrte heute aus Brüssel hierher zurück und wurde auf dem Nordbahnhof von etwa 300 Antisemiten mit Hochrufen empfangen. Als Drumont in dem auf dem Boulevard gelegenen Bureau der „Libre Parole" eintraf, veranstalteten die Anhänger Drumonts vor dem Hause eine lärmende Kundgebung.

Italien.

Rom, 5. Februar. Der König sandte dem Brigade-General Baratieri eine Depesche, in welcher er demselben die Ernennung zum Divisionsgeneral anzeigt. Der König fügt hinzu, er wolle durch die außerordentliche Beförderung seine und der Nation Dankbarkeit ausdrücken für den Ruhm, den Baratieri durch die Siege in Afrika für das Vaterland und die italienische Armee erworben habe.

Großbritannien und Irland.

London, 5. Februar. Im Oberhause wurde die an die Königin zu richtende Adresse angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Premierminister Lord Rosebery, er sei erfreut über Lord Salisbury's Zurückhaltung hinsichtlich Armeniens, er könne nur sagen, daß die Regierung im Stande gewesen sei, in dieser Frage im Einvernehmen mit den unmittelbar interessirten Mächten, nämlich Rußland, Frankreich und Italien zu handeln, welche Mächte allein danach strebten, daß das volle Gewicht der europäischen öffentlichen Meinung zur Ermittelung der Wahrheit eingesetzt werde. Obgleich die Pforte die Mitwirkung Italiens abgelehnt habe, weil diese Macht keinen Konsul in Erzerum besitze, so glaube er, Redner, doch, daß die drei in genannter Weise vertretenen Mächte im Stande seien, die Untersuchungskommission so zu überwachen, daß die Wahrheit ergründet werde. Erwiesen sich die Gerüchte über Greuel als begründet, dann müßten die wärmsten Sympathien den christlichen Mitmenschen in Kleinasien zu Theil werden, und des weiteren, falls die Gerüchte wahr seien („ich wünschte", fügt der Redner ein, „ich könnte sagen, daß ich eine amtliche Information zur Verfügung hätte, die mich in den Stand setzt, ein autoritatives Dementi zu geben"), so wäre es nicht möglich, daß der Zustand jener christlichen Bevölkerung der jetzige bleibe, da sie sonst Repressalien ausgesetzt sei, die ihre Lage verschlimmern würden.

Vom Untergang der „Elbe".

Aus Bremerhafen, vom 3. Februar, wird der „Wes.-Ztg." geschrieben: „Gestern Abend trafen die von der Besatzung der „Elbe" geretteten Personen mit dem Schnellzuge in Geestemünde ein, wo ihnen von ihren Familienangehörigen und Freunden der herzlichste Empfang bereitet wurde. Die Freude des Wiedersehens wurde allerdings sehr getrübt durch den Hinblick auf das gar so kleine Häuflein der Wiedergekehrten. Selbstverständlich wurden sie nicht blos bei ihrer Ankunft, sondern auch im Laufe des Tages von allen Seiten bestürmt mit Fragen über den Verlauf der Katastrophe und über ihre persönlichen Schicksale.

Zur Zeit des Unfalls hatten die Wache an Deck der 1. Offizier Glamann und der 3. Offizier Stollberg, in der Maschine der 2. Maschinist Budelmann und der 4. Maschinist Lotz. Sofort nach dem Stoß, der nicht den Maschinenraum direkt, sondern die unmittelbar dahinter liegende Abtheilung traf, übernahm der Obermaschinist Neussel die Oberleitung der Maschine. Das erste war, die Schotten zu dichten und alle Pumpen anzustellen. Nach 10 bis 12 Minuten war aber so viel Wasser in den Maschinenraum gedrungen, daß das Personal, nachdem die Sicherheitsventile geöffnet worden waren, nach oben eilen mußte. Das elektrische Licht verlöschte, aber alle Nothlampen brannten. Auf Deck hatten sich mittlerweile alle aus dem Schlafe geweckten Passagiere versammelt. Wenn in einigen von England gekommenen Berichten gesagt wird, die Kajütspassagiere hätten nicht herauskommen können, so wird dem widersprochen. Die Passagiere haben sich meistens, wenn auch nothdürftig, bekleiden können. Es herrschte nicht die geringste Panik, was ausdrücklich im Widerspruche zu der Aussage einiger geretteter Passagiere betont werden muß. Die vom Kapitän v. Gössel in ruhiger aber bestimmter Weise gegebenen Befehle wurden von der Mannschaft und den Passagieren gewissenhaft befolgt. Daß die Frauen und Kinder nach der Steuerbordseite beordert wurden, geschah deshalb, weil nach aller Meinung dort die meiste Aussicht bestand, die Boote gut zu Wasser zu bringen. Leider gelang dies gar nicht, weil das Schiff unvermuthet nach dieser Seite überholte und dann rasch versank. Ob ein Boot von der Steuerbordseite fortgekommen ist, weiß keiner der Geretteten mit Bestimmtheit anzugeben. Von der Backbordseite wurden zwei Boote herabgelassen. Das so vielfach betonte Durchhauen der Taue betraf nur diejenigen Taue, mit denen die Boote befestigt werden; diejenigen Taue, mit denen die Boote heruntergefiert werden, blieben selbstverständlich intakt. Das eine der beiden Boote kommandirte der zweite Offizier Hellmers. Es war mit Frauen und Kindern gefüllt, schlug aber um, bevor es vom Schiffe frei werden konnte. Von den Insassen wurde nur Fräulein Böcker gerettet. Das gerettete Boot konnte sich nur mit großer Mühe vom sinkenden Schiffe freimachen. Die Insassen mußten stundenlang bei der hochgehenden See stark rudern, dann versuchte man, mit einem Segel weiter zu kommen; dabei mußte immerwährend das überkommende Wasser ausgeschöpft werden. Die „Wildflower" brachte ihre Hülfe gerade noch zu rechter Zeit, da keiner der Bootsinsassen die Kälte, die Anstrengungen und Entbehrungen wohl kaum länger als eine Stunde noch ertragen hätte."

Aus **Bremen**, 5. Februar, wird gemeldet: „Heute traf auf der hiesigen Ober-Postdirektion ein von einem Ostender Schiffer in der Nähe der Untergangsstelle der „Elbe" aufgefundener Postbeutel ein. Derselbe enthielt nur 20 Briefe, die nach mehreren Ortschaften bei Chicago bestimmt waren. Die Ober-Postdirektion hat die Ortsbehörde von Ostende telegraphisch ersucht, ihr für den Fall der weiteren Auffindung von Briefschaften die betreffenden Schiffer zu bezeichnen, damit denselben Belohnungen übersandt werden können."

Das Amsterdamer „Handelsblad" äußert sich über die „Elbe"-Katastrophe folgendermaßen: „Es steht zu hoffen, daß eine sehr strenge Untersuchung über die Ursache des Unglücks angestellt werde, denn alle, die Seereisen zu machen verpflichtet sind, haben ein unmittelbares Interesse daran. Wie war es überhaupt möglich, daß der Dampfer „Crathie" bei hellem Wetter in einem rechten Winkel auf die „Elbe" anrennen konnte? War es nur die Folge des sehr schnellen Sinkens der „Elbe", daß fast keine Passagiere gerettet werden konnten? Wie ist das Rückwärtsdampfen der „Crathie" nach Rotterdam zu erklären, ohne daß dieses Schiff jemanden von der „Elbe" retten konnte? Denn letztere, deren Feuer alsbald ausgelöscht wurden, konnte sich doch nur eine sehr geringe Strecke fortbewegt haben. Wie ist es denn möglich, daß die „Crathie" den großen Lloyddampfer mit allen seinen Lichtern und seinen erleuchteten Schiffspforten nicht mehr gesehen haben soll? Die Antworten des Kapitäns und des Steuermannes der „Crathie" geben auf diese Fragen eine sehr unbefriedigende Antwort. Eine strenge Untersuchung ist durchaus nothwendig und dies umsomehr, als einzelne englische Blätter bereits angefangen haben, alle Schuld auf die „Elbe" zu werfen. Denn die „Pall Mall Gazette" sagt: „Ein Ding wissen wir: es ist die Gewohnheit der norddeutschen Lloydschiffe, mit der Dampfsirene pfeifend und von Zeit zu Zeit mit großem Feuer leuchtend durch die Nordsee zu fliegen, wobei sie erwarten, daß ihnen Jedermann aus dem Wege gehe. Dies wird wahrscheinlich mit dem Zusammenstoß im Zusammenhang stehen." Wir finden diese Beschuldigung sehr schwer; solchen Verdächtigungen mag vielleicht ein patriotischer Zweck zu Grunde liegen, aber wir halten sie für frevelhaft und unfair." Soweit das amsterdamische Blatt, dessen Ausführungen noch beigefügt werden mag, daß die Haltung des Kapitäns und des Steuermannes der „Crathie" vor der Rotterdamer Behörde durchaus keine derartige ist, daß die eben gestellten Fragen in einem für sie günstigen Sinne beantwortet werden können; dieselben verweigern nämlich vor dem niederländischen Richter jede weitere Auskunft, drückten aber ihre Bereitwilligkeit aus, einem englischen Richter Rede und Antwort zu stehen. Es scheint den Vertretern des deutschen Konsulats in Rotterdam nicht wenig Mühe gekostet zu haben, zu der gegen den Kapitän der „Crathie" eröffneten Verhandlung zugelassen zu werden. Indessen ist seitens des Lloyd auf die „Crathie" Beschlag gelegt worden und so wird der Kapitän sich voraussichtlich auch zu weiteren Mittheilungen herbeilassen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. Februar. Der Stettiner Grundbesitzer-Verein hatte beschlossen, wie Berlin, Leipzig und viele andere Städte, auch für den hiesigen Platz eine eigene Unfallversicherung für den hiesigen Grundbesitz ins Leben zu rufen. Wie wir hören, ist die Sache jetzt wesentlich gefördert. Zum Studium einiger Detailfragen sind die Herren Generalagent A. Collas und Kaufmann Julius Kurz noch nach Berlin delegirt worden. Sofort nach deren Rückkehr dürfte die definitive Gründung dieser Unfallversicherungsgesellschaft für den hiesigen Platz erfolgen. Dieselbe dürfte daher noch vor dem 1. April cr. ins Leben treten und möchten wir alle Hausbesitzer bitten, sich über den genannten Zeitpunkt möglichst bei anderen Gesellschaften nicht mehr zu versichern, sondern gleich der Unfallversicherungsgesellschaft für den hiesigen Grundbesitz beizutreten.

* Seit einiger Zeit sind hier zwei Arbeiter als Kohlenhändler thätig; dieselben fahren das Feuerungsmaterial auf einem Handwagen umher und bieten dasselbe oft in zudringlicher Weise zum Kauf an. Kürzlich kamen Beide zu einem Hohenzollernstraße 11 wohnhaften Bäckermeister, dieser selbst war gerade nicht im Geschäft anwesend und die Frau, welche im Laden Kundschaft zu bedienen hatte, konnte nicht verhindern, daß einige Sack Kohlen in die Backstube gebracht wurden. Natürlich mußten die Leute nachher die Kohlen wieder mitnehmen, dabei luden sie jedoch zugleich einen Sack mit Weizenkleie auf ihren Wagen und verschwanden damit. Es ist daher beim Verkehr

mit derartigen ambulanten Kohlenhändlern die größte Vorsicht zu beobachten.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40 Mark, Filet 1,80 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,50 Mark, Schinken 1,30 Mark, Bauch 1,10 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60 Mark, Keule 1,50 Mark, Vorderviertel 1,20 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,50 Mark, Keule 1,30 Mark, Vorderfleisch 1,10 Mark; ger. Speck 1,70 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pfennige billiger.

— Die Petitionskommission des Reichstags wird, wie dem Vorsitzenden Hammann vom Berliner Zweigverein des Verbandes deutscher Kriegsveteranen mitgetheilt worden ist, das erneute Gesuch des Verbandes um Bewilligung eines Ehrensoldes für diejenigen alten Krieger, deren Invalidität sich als mit dem Feldzuge in Zusammenhang stehend nicht ärztlich nachweisen läßt, im Plenum zur Annahme empfehlen.

— Wie wir hören, erledigte Herr Kommerzienrath Quistorp heute schon seine erst im Juli fällige letzte Verpflichtung gegen die Konkursverwaltung der Ritterschaftlichen Privatbank im Betrage von circa 420 000 Mark. Die Ausschüttung des Restes der Masse der Ritterschaftlichen Privatbank, welche erst Ende dieses Jahres zu erwarten war, dürfte hierdurch schon Mitte dieses Jahres erfolgen können.

* In der Nähe von Langenberg wurde am Montag der 62jährige Eigenthümer Retzlaff aus Brachhorst von dem eigenen Sohne ermordet. Der geisteskranke Sohn war bis Weihnachten vorigen Jahres in der Irrenanstalt zu Lauenburg untergebracht, von wo ihn die Angehörigen trotz mehrfacher Warnung abholten. Der Irrsinnige scheint zu Hause Anfälle von Tobsucht gehabt zu haben, denn es wurde im Dorfe erzählt, daß er Mutter und Schwester schlage. Am Montag entfernte der junge R. sich von Hause und auf Zureden der Mutter fuhr der Vater ihm nach, um ihn zurückzuholen. Kurz vor Langenberg trafen Vater und Sohn zusammen und es mag zu einem Wortwechsel gekommen sein, möglicherweise handelt es sich auch um einen Ueberfall. Jedenfalls steht fest, daß der Irrsinnige eine Eisenstange bei sich trug, mit der er dem Vater mehrere Schläge auf den Kopf versetzte, die den Tod des R. zur Folge hatten. Der Mörder wurde bald darauf dingfest gemacht und dem Irrenhause wieder zugeführt.

* Seit dem 3. Januar wird die 15 Jahre alte Tochter Henriette des Statthalters Oppermann auf Schlangenhorst bei Nassenheide vermißt. Das Mädchen ist in Gesellschaft eines an demselben Tage entlassenen Knechtes Namens Wilhelm Ebel gesehen worden und glaubt man, daß Beide sich nach Stettin gewandt haben.

— Ein Minderjähriger, der ohne die vorschriftsmäßige vormundschaftliche Erlaubniß in einem offenen Laden ein kaufmännisches Geschäft betreibt, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Strafsenats, vom 2. Oktober 1894, im Gebiet des Preuß. Allg. Landrechts wegen Betrugs zu bestrafen, wenn er den bei ihm zur Entgegennahme von zu kreditirenden Waarenbestellungen erscheinenden Geschäftsreisenden seine Minderjährigkeit verschweigt und in dieser Weise Waaren entnimmt, ohne sie zu bezahlen.

— Hat ein Hauseigenthümer einen Raum, der zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht benutzt werden darf, ausdrücklich als einen zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht geeigneten Raum vermiethet, so ist er, nach einem Urtheil des Oberverwaltungsgerichts, 4. Senats, vom 27. Juni 1894, durch diese Vertragsvereinbarung nicht der Verantwortlichkeit der Polizeibehörde gegenüber enthoben, darüber zu wachen und dahin zu wirken, daß der Miether auch thatsächlich den Raum zu dauerndem Aufenhalt nicht benutzt. Benutzt der Miether diesen Raum als Wohnraum, so hat der Eigenthümer entweder polizeiliche Hülfe gegen den renitenten Miether in Anspruch zu nehmen oder durch Klage die Aufhebung des Miethsvertrags (Exmission) zu beantragen. Unterläßt dagegen der Eigenthümer, auf Einhaltung der polizeilichen Vorschriften seitens des Miethers mitzuwirken, so ist die Polizeibehörde befugt, an den Hauseigenthümer das mit Strafandrohung verknüpfte polizeiliche Verbot zu richten, den Raum zu dauerndem Aufenthalt von Menschen zu benutzen oder zu vermiethen.

Konzert.

Das gestrige Benefiz-Konzert des Herrn Kapellmeisters Offeney hatte leider nicht einen so zahlreichen Besuch gefunden, wie demselben wohl zu wünschen gewesen wäre, im übrigen dürften dem geschätzten Orchesterdirigenten die dargebrachten Ovationen und die schönen Blumen- und Kranzspenden von neuem ein Beweis dafür gewesen sein, wie sehr man seine erfolgreiche Wirksamkeit hier zu schätzen weiß. Eröffnet wurde das Konzert mit einer klangschönen Sinfonie von Svendsen, deren interessante Tongebilde unter der fein abgewogenen Direktion des Herrn Offeney vortrefflich zur Geltung kamen; namentlich war der dritte Theil von ausgezeichneter Wirkung. Eine recht ansprechende Ausführung fand auch der „Taucher", ein größeres dramatisches Tongemälde nach dem Text von Schiller, der von Uber musikalisch illustrirt worden ist; den verbindenden Text sprach Herr Kröger und wußte derselbe durch sein sympathisches Organ und seine schwungvolle Deklamation dem Ganzen, das in der Musik nichts Hervorragendes bietet, eine wirksame dramatische Steigerung zu verleihen. Den Abschluß der orchestralen Spenden bot die stimmungsvolle Beethovensche Leonoren-Ouverture Nr. 2. Die Kapelle, welche den ganzen Abend Treffliches leistete, ließ auch dieser Tondichtung eine Ausführung angedeihen, die einen sehr günstigen Eindruck hinterließ.

Für den gesanglichen Theil des Programms war Frl. Tilly Brehmer in Anspruch genommen. Die junge Dame verfügt über keine allzugroße, aber sonst ansprechende Stimme, die namentlich im Piano sich günstig präsentirt und in Liedern, die der Eigenart der Sängerin besonders entsprechen, gut zur Geltung kommt. So gelangen das schöne Hildachsche Lied „Der Frühling ist da", das freilich im Tempo etwas frischer hätte sein können, recht hübsch; ebenso zündete „Niemand hats gesehn" von Löwe sehr. In den übrigen Vorträgen, die sich auf Lieder von Franz, Ries, Sucher und Meyer-Helmund erstreckten, machte sich des öfteren ein Tremoliren geltend, das die Wirkung etwas abschwächte. Die Begleitung der Gesänge führte Herr Grau mit bekanntem künstlerischen Geschick aus. —r.

Aus den Provinzen.

Stargard, 6. Februar. Ueber das Vermögen der Ehefrau des Handelsmanns Wolff, Franziska geb. Burchardy hierselbst, ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann W. Piaschewski. Anmeldefrist: 11. März.

Pyritz, 5. Februar. Herr Oberpfarrer Berg hielt gestern Abend zum Besten der Kasse des Gustav Adolf-Frauenvereins einen hochinteressanten Vortrag über zwei Pyritzer Dichter. Der erste dieser beiden, Kaspar Brüllow, ein Bauernsohn aus Alt-Falkenberg bei Wartenberg, kam vor genau 300 Jahren nach Pyritz, um Schüler der Rathsschule zu werden. 1599 bezog er die Universität zu Frankfurt a. d. O., um Theologie zu studiren, und er wurde dann nach vollendetem Studium Schulmann. Als solcher wirkte er zunächst in Angermünde und anderen Städten, bis er 1612 als Lehrer der Sekunda an das Gymnasium in Straßburg im Elsaß berufen wurde. Sieben Jahre später betraute man ihn mit der Leitung dieser Anstalt, und er ist dann bis an sein Lebensende als Direktor des Gymnasiums und gleichzeitig als Professor der Dichtkunst an der dortigen Universität thätig gewesen. Er dichtete in lateinischer Sprache. Den Stoff zu seinen Dichtungen entnahm er theils aus der heiligen Geschichte, theils aus der griechischen Mythologie, der griechischen und der römischen und der neueren Geschichte. Seine Dramen wurden in damaliger Zeit bald, nachdem sie gedichtet waren, von den Gymnasiasten und Studenten aufgeführt. Im Jahre 1870, bei der Belagerung Straßburgs, sind die Erzeugnisse seiner dichterischen Thätigkeit leider bis auf wenige Werke verbrannt. — Der zweite Dichter gehört der neueren Zeit an. Er hieß August Ferdinand Meyer, mit seinem Dichternamen Friedrich Brunold, und war ein Sohn des zu Anfang dieses Jahrhunderts an der hiesigen Bürgerschule amtirenden Subrektors Meyer. Im Jahre 1811 geboren, hat August Ferdinand Meyer später als Lehrer in Joachimsthal in der Mark gewirkt, ist 1879 pensionirt worden und im vorigen Jahre dort gestorben. Er hat während seines Lebens und Wirkens dort viel Kummer, Noth und Entbehrung zu erdulden gehabt. Meyer, oder wie er sich nannte, Friedrich Brunold, war ein fruchtbarer und überaus vielseitiger Schriftsteller und Dichter. Zwei ihn charakterisirende Züge, die in seinen Schriften immer wiederkehren, wurden durch Wiedergabe einzelner Stellen aus seinen Erzählungen den zahlreich erschienenen Zuhörern vorgeführt. Zum Schluß las der Herr Vortragende das von Meyer verfaßte, vielfach bekannte Lied „Das Grab auf der Haide" vor.

Greifswald, 5. Februar. Der Direktor des städtischen Gymnasiums, Herr Dr. Steinhausen, hatte gestern Nachmittag das bedauernswerthe Unglück, in der Fleischerstraße auszugleiten, hinzufallen und sich dabei den Knöchel des einen Fußes gerade im Gelenk zu brechen. Der Verunglückte wurde sofort in die Wohnung des Herrn Geheimen Justizraths Professor Dr. Bierling, vor dessen Thür das Unglück geschehen war, geschafft.

Dramburg, 5. Februar. Ein beklagenswerther Unglücksfall wird von den Schönwalder Kolonien gemeldet: Der Kolonist Strey daselbst war am Sonnabend mit einem Schlitten nach Labes gefahren, um Futtervorräthe, Rapskuchen ꝛc. daselbst einzukaufen. Auf der Heimfahrt benutzte er, um sich den Weg zu kürzen, einen Nichtweg, welcher im Winter wenig befahren wird und in Folge der Schneeverwehungen mehrere Unebenheiten zeigte. Beim Passiren einer abschüssigen Stelle kurz vor dem Gehöft des Heimkehrenden schlug der Schlitten um, wobei das Pferd so tief in den Schnee gerieth, daß es stecken blieb. Kurze Zeit nach dem Unfall kam ein Hütejunge des Weges gegangen, welcher durch das heftig im Schnee arbeitende Pferd auf das Fuhrwerk aufmerksam wurde und schleunigst Leute aus der Nachbarschaft zur Hülfeleistung herbeirief. Dieselben versuchten das Fuhrwerk wieder flott zu machen. Beim Aufheben des Schlittens fanden sie zu ihrem Entsetzen, unter Futtervorräthen vergraben, das Antlitz in den Schnee gedrückt, den leblosen Körper des Strey. Beim Umdrehen röchelte derselbe noch einmal leise auf. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche blieben leider erfolglos. Der Verunglückte, welcher sich unter der auf ihn gefallenen Last nicht herausarbeiten konnte, ist unzweifelhaft erstickt. Er hinterläßt Frau und Kinder.

Kunst und Literatur.

Die von dem kaiserlichen archälogischen Institut auf Veranlassung und unter Leitung des ersten Sekretärs, Herrn Professor Dörpfeld, unternommene Ausgrabung im Westen der Akropolis zu Athen hat, seitdem ihre Fortsetzung durch Gaben von Freunden der Sache in Deutschland ermöglicht ist, zu einem ersten in sich abgeschlossenen Einzelergebniß geführt. Schon im Jahre 1893 hatte Herr Dörpfeld einen heiligen Bezirk theilweise aufgedeckt und Weihgeschenke in ihm gefunden, welche keinen Zweifel darüber ließen, daß das Heiligthum dem Asklepios geweiht war. Diese Funde waren in den „Mittheilungen" des athenischen Instituts von Herrn Dr. Alfred Körte erläutert und hatten zu dem Schluß geführt, daß das Heiligthum neben und zeitlich vor dem Asklepios einem Heros geweiht gewesen sei, über dessen Benennung eine Fortsetzung der Ausgrabungen Aufklärung bringen möchte. Diese Voraussetzung hat sich jetzt bestätigt. Bei der vollständigen Aufdeckung des heiligen Bezirks haben sich Inschriften gefunden, darunter eine Weihinschrift an Asklepios Amynos und eine Urkunde der Orgeonen des Amynos, des Asklepios und des Dexion. Wie die Inschrift berichtet, war diese Urkunde in zwei Exemplaren in Marmor ausgefertigt, von denen eines im Heiligthume des Amynos und Asklepios, das andere in dem des Dexion aufgestellt werden sollte. Das erste dieser beiden Exemplare wird das gefundene sein, und man darf annehmen, daß Amynos der Name des Heros ist, welcher vor dem Hinzutreten des Asklepiosdienstes an der ausgegrabenen Stelle seinen Sitz hatte. Man kann also das Heiligthum zum Unterschiede von dem schon länger bekannten des Asklepios im Süden der Akropolis etwa als das Amyneion bezeichnen. Es liefert eine ganz neue Thatsache zur Topographie von Alt-Athen. Bemerkenswerth ist auch das in der Inschrift erwähnte, an anderer Stelle zu suchende Heiligthum des Dexion, schon insofern, als bereits überliefert war, daß der Dichter Sophokles nach seinem Tode Heroenkultus in Athen unter dem Namen Dexion erhielt. Die Ausgrabung wird fortgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Antwerpen, 5. Februar. Die verurtheilte Giftmischerin Joniaux machte einen Selbstmordversuch im Gefängniß, indem sie sich mit ihrem Halstuche zu erwürgen suchte. Die Nonne, welche die Giftmischerin pflegt, vereitelte den Selbstmord.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 6. Februar. Entmenschte Eltern, die ihr fünfjähriges Kind fortgesetzt so mißhandelt haben, daß es der schrecklichen Behandlung erlegen ist, der Töpfer Schmidt, Hussitenstraße 59, und seine Frau, sind gestern verhaftet worden. Das Kind starb in der Nacht zum Sonntag. Es wird darüber berichtet:

„Die Leiche zeigte eine braune und blaue Färbung, und ein Theil sieht aus, als ob das Kind auf einen glühenden Gegenstand gesetzt worden sei. Das Haar scheint an einzelnen Stellen ausgerissen zu sein; der Ernährungszustand muß der denkbar schlechteste gewesen sein. Ueber die Vorgänge in der Schmidt'schen Wohnung wird berichtet, daß die kleine Hedwig beständig in der Wohnung gehalten wurde und nur zweimal seit April v. J. auf dem Hofe gesehen worden ist. Fast täglich ist jämmerliches Geschrei aus der Wohnung der Eltern gedrungen, so daß Mitbewohner schon längst die Absicht hatten, der Polizei Anzeige zu erstatten. Wenn die älteste Tochter Margarethe gefragt wurde, weshalb denn ihre Schwester nicht draußen spiele, antwortete sie: „Die ist unartig und bekommt immer Schläge." Vom Vorderhause kann man aus der Wohnung des Maschinisten Porath in die Schmidt'schen Räume hineinsehen, und es war von hier aus bemerkt worden, daß Hedwig nicht am Mittagsmahl Theil nahm. In Bezug hierauf gab Margarethe die Auskunft, ihre Schwester sei magenkrank und dürfe nicht viel essen. Frau Porath hat auch wiederholt gesehen, daß der Vater das Kind mit einer Wichsbürste auf den Kopf schlug; eine andere Zeugin will bemerkt haben, daß Schmidt seine Tochter gegen die Kochmaschine geworfen hat. War das Kind einmal am Fenster sichtbar, so hatte es verschwollene Stellen im Gesicht. Als Margarethe Schmidt am 3. d. M. nach ihrer Schwester gefragt wurde, äußerte sie: „Ach, die ist ja todt." Nun wurde der Behörde Kenntniß von den früheren Vorgängen gegeben, und auf Grund dieser Schilderungen und einer Besichtigung der Leiche erfolgte die Festnahme der Eltern. Gleichzeitig wurde die Leiche zur gerichtsärztlichen Feststellung der Todesursache beschlagnahmt. Die beiden andern Kinder sind im Waisenhause untergebracht worden."

Die „National-Zeitung" bemerkt dazu: „Man wird vorstehenden Bericht nicht lesen, ohne das tiefste Befremden darüber zu empfinden, daß in der Stadt, in welcher bei Eintritt der Kälte regelmäßig die Aufforderung erscheint „Gedenket der darbenden Vögel", und in der die Thierschutzvereine ihre Stimmen erheben, um für rücksichtsvolle Behandlung von Hunden und Pferden zu plaidiren, so wenig thatkräftiges Eingreifen für Kinder zu finden ist, die von ihren Angehörigen schlimmer behandelt werden „wie ein Hund". Es ist nicht der erste und nicht der zehnte Fall, sondern es lassen sich endlose Vorfälle feststellen, in denen „die Mitbewohner es bei der Absicht, die Polizei zu verständigen", bewenden ließen, bis es zu spät war. Als das Dienstmädchen des Gerlach'schen Ehepaares in Erfurt todt war, meldeten sich Dutzende von Zeugen; jetzt, wo die kleine Schmidt todt ist, liegen Berge von Belastungsmaterial vor. Warum ließen es die Zeugen der Mißhandlungen bei der Absicht einzuschreiten bewenden? Man kann sich wohl denken, daß sie befürchteten, mit brutalen Hausbewohnern in Konflikt zu gerathen; vielleicht haben auch die Erkenntnisse der Gerichte, die ja bei solchen Fällen leider sehr milde auszufallen pflegen und oft annehmen, daß das „Züchtigungsrecht" nicht überschritten worden ist, wenn den Zeugen über die Züchtigung schon die Haare zu Berge gestanden haben, nicht dazu angespornt, sich selbst Unannehmlichkeiten aussetzen, wenn nicht einmal die feste Ueberzeugung vorlag, daß dadurch genützt werden würde. Um so mehr ist in einer Stadt, die wie Berlin auf allen Gebieten des Wohlthuns und des Helfens führend ist, die Gründung eines Kinderschutzvereins nothwendig. Er würde sich der armen Kleinen anzunehmen haben, die bis in die späte Nacht hinaus müssen auf die Straße, um mit Streichhölzern ꝛc. zu handeln und die mit Leib und Seele verderben. An ihn würde man sich zu wenden haben, wenn Fälle so entsetzlicher Mißhandlungen bekannt werden. Er hätte einzugreifen, wo die Kinder von Verbrechern von denselben zum Diebstahl abgerichtet werden. Unendlich groß ist das Gebiet, auf dem er sich bethätigen könnte. An einen solchen Verein, dem es nicht schwer fallen wird, offizielle Unterstützung zu finden, die es ihm gestattet, da einzugreifen, wo der Einzelne Gründe hat, sich zurückzuhalten, fehlt es in Berlin. Jeder neue Vorfall, wie der heute gemeldete, enthält eine dringende Mahnung, damit nicht zu warten. Vielleicht ist hier ein neues und dankbares Arbeitsgebiet für die Gesellschaft für ethische Kultur."

Breslau, 5. Februar. Die Schlußabrechnung für das achte deutsche Turnfest ergiebt an Einnahmen 153 507 Mark, an Ausgaben 179 734. Das Defizit beträgt somit 26 227 Mark. Dieser Fehlbetrag wird sich durch ausstehende Einnahmen des Preßausschusses auf etwa 25 000 Mark verringern. Diesen Betrag deckt der Präzipualbeitrag der Stadt Breslau zum Garantiefonds, so daß die übrigen Zeichner von letzterem nichts zu zahlen brauchen.

Malchow i. Meckl., 5. Februar. Das kürzlich erbaute Schloß des Herrn v. Flotow-Wahlow steht in Flammen.

— Aus Temesvar wird der „N. Fr. Pr." vom 31. Januar gemeldet: In Groß-Kikinda auf dem Marktplatze zeigt sich gegenwärtig die Koczkasche Menagerie, deren größte „Attraktion" „Die Klabriaspartie im Löwenkäfig" bildet. Als gestern die drei Wärter, die als Kartenspieler zu fungiren haben, vor der Fütterung im Käfig ihre Plätze einnahmen, schlug plötzlich einer der Löwen seine Krallen in das Bein der Thierbändigerin, unter deren Aufsicht diese Nummer des Programms zur Darstellung gelangen sollte. Der andere Löwe erfaßte die Thierbändigerin brüllend bei der Hand. Die Spieler konnten sich retten. Es gelang, durch Schüsse und durch Locken mit Fleischstücken die Bestien von dem bewußtlosen Opfer zu trennen. Im überfüllten Zirkus rief die Schreckensscene große Panik hervor. Die Thierbändigerin liegt im Sterben.

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. Februar.

Wetter: Klar. Temperatur — 7 Grad Reaumur. Nachts — 13 Grad Reaumur. Barometer 759 Millimeter. Wind: NW.

Weizen etwas fester, per 1000 Kilogramm loko geringer 120,00—126,00, guter 129,00 bis 135,00, per April-Mai 137,50 B. u. G., per Mai-Juni 138,50 B. u. G.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 111,00—115,00 bez., per April-Mai 116,25 bis 116,50 bez., per Mai-Juni 117,25 bez., per Juni-Juli —,—, per Juli-August —,—, per September-Oktober —,—.

Gerste per 1000 Kilogramm loko pommersche 110,00—122,00, Märker 115,00—145,00, polnische —,—.

Hafer per 1000 Kilogramm 104,00 bis 110,00.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus fester, Termine ohne Handel, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,6 bez.

Petroleum ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 128—135. Roggen 112—116. Gerste 110—114. Hafer 105—114. Rübsen —. Heu 1,50—2,00. Stroh 22—24. Kartoffeln 40—45.

Berlin, 6. Februar.

Weizen per Mai 137,75, bis 138,25 per Juni 138,75 per Juli 139,50.

Roggen per Mai 116,75 bis 117,00, 117,50 per Juni, per Juli 118,25.

Rüböl per Mai 42,90, per Oktober 43,40.

Spiritus loko 70er 32,80, per Februar 70er 37,20, per Mai 70er 38,30, per September 39,60.

Hafer per Mai 114,00, per Juni 114,50.

Mais per Mai 106,25, per Juni 106,25.

Petroleum per Februar 20,10.

London, 6. Februar. Wetter: Frost.

Berlin, 6. Februar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	105 40	London lang	— —
do. do 3½%	104 30	Amsterdam kurz	— —
do. do. 3%	97 80	Paris kurz	— —
Deutsche Reichsanl. 3%	97,50	Belgien kurz	— —
Pomm. Pfandbriefe 3½%	103,00	Berliner Dampfmühlen	118,00
do. do. 3%	96,40	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	69,00
do. Landescred.-B. 3½%	101,80	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	236 75
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	102,90	„Union", Fabrik chem. Produkte	130 40
do. 3%	96,50	Barziner Papierfabrik	160 25
Italienische Rente	88 30	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	104 80
do. 3% Eisenb.-Oblig.	56,00	Stett. Stadtanleihe 3½%	102 40
Ungar. Goldrente	102,60	**Ultimo-Kourse:**	
Rumän. 1881er am. Rente	98,50	Disconto-Commandit	206,40
Serbische 5% Tab.-Rente	78,40	Berliner Handels-Gesellsch.	154 75
Griech. 5% Goldr. v. 1890	33,50	Oesterr. Credit	251 90
R. m. amort. Rente 4%	86 60	Dynamite Trust	147,10
Russ. Boden-Credit 4½%	105,20	Bochumer Gußstahlfabrik	136,00
do. do. von 1880	102,70	Laurahütte	121 50
Mexikan. 6% Goldrente	76 80	Harpener	135 50
Oesterr. Banknoten	164,60	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	129,50
Russ. Banknoten Cassa	219 80	Dortm. Union St.-Pr. 6%	61.60
do. do. Ultimo	219 75	Ostpreuß. Südbahn	86,00
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	109 50	Marienburg-Mlawkabahn	75 90
do. (100) 4%	— —	Mainzerbahn	121 90
do. (100) 4%	104 50	Norddeutscher Lloyd	86,30
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,70	Lombarden	43,50
Stett. Vulc.-Act. Littr. B.	128 80	Luxemb. Prince-Henribahn	100 30
Stett. Vulc.-Prioritäten	144 50		
Petersburg kurz	219 50		
London kurz			

Tendenz: Schwach.

Paris, 5. Februar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	5.	4.
3% amortisirb. Rente	101,40	101,45
3% Rente	103,27½	103,20
Italienische 5% Rente	87,70	87,50
4% ungar. Goldrente	100,81	101,72½
4% Russen de 1889	102,40	102,40
4% Russen de 1894	65,70	65,60
3% Russen de 1891	90,45	90,45
4% unifiz. Egypt.	—,—	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	75,37	75,12
Convert. Türken	26,60	26,67½
Türkische Loose	127,00	127,40
4% privil. Türk.-Obligationen	497,00	496,25
Franzosen	817 50	817,50
Lombarden	238,75	—,—
Banque ottomane	681,00	683,00
„ de Paris	731,00	728,00
Debeers	520,00	516,00
Credit foncier	910,00	911,00
Huanchaca	162,00	163,00
Meridional-Aktien	635,00	633,00
Rio Tinto-Aktien	342,50	348,75
Suezkanal-Aktien	3166,00	3170,00
Credit Lyonnais	820,00	822,00
B. de France	3880,00	3820,00
Tabacs Ottom	487,00	486,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M	122,62	122,62
Wechsel auf London kurz	25,18	25,17
Cheque auf London	25,19½	25 18½
Wechsel Amsterdam k.	206,18	206,18
„ Wien k.	200,62	200,62
„ Madrid k.	450,50	449,50
„ Italien	5,50	5,50
Robinson-Aktien	200,00	200,00
Portugiesen	25,06	25,31
Portugiesische Tabaksoblig.	450,00	446,00
Privatdiskont	1,75	1,87

Posen, 5. Februar. Spiritus ohne loko Faß 50er 49,30, do. loko ohne Faß 70er 29,80. Matter. — Wetter: Kalt.

Hamburg, 5. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 77,00, per Mai 76,00, per September 75,00, per Dezember 72,75. Behauptet.

Hamburg, 5. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg, per Februar 9,25, per März 9,25, per Mai 9,37½, per August 9,57½. Stetig.

Bremen, 5. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Stetig. Loko 5,40 B. — Baumwolle ruhig.

Amsterdam, 5. Februar. Java-Kaffee good ordinary 54,50.

Amsterdam, 5. Februar. Bancazinn 36,50.

Amsterdam, 5. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine stetig, per März 127,00, per Mai 129,00. Roggen loko —, do. auf Termine behauptet, per März 91,00, per Mai 94,00, per Oktober 98,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per Herbst —,—.

Antwerpen, 5. Februar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 5. Februar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14.50 bez. u. B., per Februar 14,50 B., per Februar-März 14,50 B., per September-Dezember 5,00 B. — Fest.

Paris, 5. Februar, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Februar 18,90, per März 19,00, per März-Juni 19,05, per Mai-August 19,15. Roggen ruhig, per Februar 11,30, per Mai-August 11,75. Mehl fest, per Februar 42,50, per März 42,70, per März-Juni 42,85, per Mai-August 43,20. Rüböl behauptet, per Februar 53,50, per März 53,75, per März-Juni 51,25, per Mai-August 48,25. Spiritus ruhig, per Februar 33,00, per März 33,00, per März-April 33,00, per Mai-August 32,75. — Wetter: Kalt.

Paris, 5. Februar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 24,50 bis —,—. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 26,12½, per März 26,62½, per März-Juni 27,00, per Mai-August 27,62½.

Havre, 5. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Februar 95,50, per März 95,25, per Mai 94,50. Behauptet.

London, 5. Februar. An der Küste — Weizenladung angeboten. — Wetter: Kalt.

London, 5. Februar. 6proz. Javazucker loko 11,25, ruhig. Rübenrohzucker loko 9,25, ruhig. Centrifugal-Cuba —,—.

London, 5. Februar. Kupfer, Chili good ordinary brands 40 Lstr. 5 Sh. — d. Zinn (Straits) 60 Lstr. — Sh. — d. Zink 14 Lstr. 2 Sh. 6 d. Blei 9 Lstr. 15 Sh. — d. Roheisen. Mixed numbers warrants 41 Sh. 2 d.

London, 5. Februar. Chili-Kupfer 40,12, per drei Monat 40,50.

Hull, 5. Februar. Getreidemarkt. Weizen ½ Sh. niedriger. — Wetter: Frost.

Liverpool, 5. Februar. Getreidemarkt. Weizen ½ d. höher, Mehl fest, Mais ½ d. niedriger, ruhig. — Wetter: Schön.

Glasgow, 5. Februar, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 2 d.

Newyork, 5. Februar. (Anfangs-Kourse.) Weizen per Mai 58,12. Mais per Mai 47,25.

Newyork, 5. Februar, Abends 6 Uhr.

	5.	4.
Baumwolle in Newyork	5,62	5,62
do. in Neworleans	5,00	5,00
Petroleum träge, Rohes	7,00	7,00
Standard white in Newyork	5,85	5,85
do. in Philadelphia	5,80	5,80
Pipe line certificates März	102,75	102,25
Schmalz Western steam	6,80	6,75
do. Lieferung per Februar	6,80	6,75
Zucker Fair refining Moscovados	2,75	2,75
Weizen behauptet,		
Rother Winter- loko	58,87	58,00
per Februar	57,25	56,50
per März	58,00	57,12
per April	—,—	—,—
per Mai	58,75	57,87
Kaffee Rio Nr. 7 loko	16,25	16,25
per März	14,45	14,50
per Mai	14,25	14,25
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,30	2,30
Mais behauptet, per Februar	47,00	46,37
per März	—,—	—,—
per Mai	47,87	47,00
Kupfer: höchster Preis	10,00	10,00
Getreidefracht nach Liverpool	1,75	1,75

Chicago, 5. Februar.

	5.	4.
Weizen beh., per Februar	50,50	49,62
do. per Mai	53,62	52,75
Mais behauptet, per Februar	41,37	40,50
Pork per Februar	9,75	9,65
Speck short clear	nom.	nom.

Wollberichte.

London, 5. Februar. Wollauktion. Schluß. Stetig. Australische greasy und Merino superior combig pari bis ½ über vorige Auktion.

Wasserstand.

Stettin, 6. Februar. Im Revier 18 Fuß 1 Zoll = 5.67 Meter.

Amtlicher Ostsee-Eisbericht

des Küstenbezirks-Amt II. zu Stettin für den 6. Februar, 8 Uhr Morgens.

Memel: Einfahrt bis zum Lootsenhafen eisfrei.
Nidden: Hafen starke Eisdecke.
Pillau: Einfahrt eisfrei, Hafen leicht passirbare Eisdecke, Haff feste Eisdecke.
Neufahrwasser: Hafenkanal Schlammeis, Danzig mit Hülfe von Eisbrechern zu erreichen.
Oxhöft: See Schlammeis, Putziger Wiek festes Eis.
Kolberg: Hafengebiet leichtes Treibeis, See leichtes Schlammeis.
Swinemünde: Fahrwasser bis zur Rhede eisfrei, in See nur Eis.
Greifswalder Oie: Soweit sichtbar Schlammeis.
Thiessow: In See starkes Treibeis, Greifswalder Bodden festes Eis.
Arkona: [illegible] Küste und in der Trom-per [illegible] Schlammeis, in See kein Eis sichtbar.
Wittower Posthaus: Nord-Libben Schlammeis, Revier feste Eisdecke.
Barhöft: In See Schlammeis, Einfahrt feste Eisdecke.
Darßerort: Kein Eis sichtbar.
Warnemünde: See und Hafen eisfrei. Warnow-Revier feste Eisdecke.
Wismar: Festes Eis bis Linie Wischendorf-Wangersche Bake, außerhalb Treibeis, Dampfer können nur mit Hülfe einkommen.
Travemünde: Hafen und See Schlammeis, Revier starkes Eis. Dampfschifffahrt unbehindert.
Marienleuchte: Fehmarn-Belt eisfrei, Sund Treibeis, bis zur Stromkante festes Eis.
Kiel: Föhrde bis außerhalb Laboe dichtes Eis mit schwer passirbarer Fahrrinne.
Nord-Ostsee-Kanal: Starkes Eis, Schifffahrt eingestellt. Untereider nicht passirbar.
Schleimünde: See eisfrei, Schlei: Eisdecke, bis Kappeln passirbar.
Flensburg: Föhrde mit Eis bedeckt, Fahrrinne für Dampfer.
Apenrade: Föhrde eisfrei, Hafen Eisdecke, Schifffahrt unbehindert.
Aröfund: Soweit sichtbar im ganzen Belt feste Eisdecke, Großer Belt Treibeis. Ostsee eisfrei.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 6. Februar. Der Kaiser wird am 15. d. Mts. der Vereidigung der Marinerekruten in Wilhelmshafen beiwohnen.

Wie die „Berl. Neuest. Nachr." hören, ist von der Einbringung des bekannten Antrages Kanitz mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen des Staatsraths zunächst Abstand genommen worden.

Die Ankunft des Gouverneurs von Ostafrika, Freiherrn von Scheele, steht unmittelbar bevor. Wie es heißt, soll er durch Major von Wissmann ersetzt werden.

Pest, 6. Februar. Im Prozeß bezüglich Veröffentlichung gestohlener Amtsdepeschen aus dem ungarischen Ackerbauministerium wurde der Abgeordnete und ehemalige Chefredakteur des „Pesti Naplo", Kolonel Aprany, wegen Gewaltthätigkeit gegen die Behörde zu 8 Monaten Kerker verurtheilt. Der Beamte Oszby erhielt wegen Bestechung 6 Monate Kerker, die Redakteure des Blattes wurden freigesprochen.

Paris, 6. Februar. Gestern Abend ist Raynal, der ehemalige Bautenminister vor der Untersuchungskommission erschienen, um über die sogenannten Konventionen Aufschluß zu geben. Raynal hatte bewiesen, daß die Konventionen den Bau von 10 000 Kilometern Eisenbahnen sicherten und daß sie eine Steigerung der öffentlichen Fonds bewirkten und die französische Rente von 78 auf 120 brachten; daß ohne diese Konventionen der Staat umsonst 1230 Millonen Frks. aufgewendet haben würde, und daß diese eine Herabsetzung des Tarifs zur Folge gehabt hätten.

Die Erklärung Raynals hat auf die Kommission einen großen Eindruck gemacht.

Die Kommission wird den ehemaligen früheren Vizepräsidenten der Panama-Untersuchungs-Kommission Clauselle zum Ehrenpräsidenten ernennen.

Monte Carlo, 6. Februar. In Folge der sich in jüngster Zeit mehrenden Skandalscenen soll der Fürst entschlossen sein, ernste Maßnahmen gegen die Spielbank vorzunehmen. Mehrere höhere Beamte, welche die Aufsicht führten, sind bereits entlassen worden.